

Hauptstadtstatistik: Jeder fünfte Berliner armutsgefährdet

17 Apr. 2026 16:44 Uhr

Die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales hat den Sozialbericht für das Jahr 2025 veröffentlicht. Der Befund lautet, dass immer mehr Menschen in der Hauptstadt akut die Armut droht.



© Urheberrechtlich geschützt

Alltag in Berlin (Symbolbild). Die Senatsverwaltung für "Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt, und Antidiskriminierung" hat den wenig rühmlichen Sozialbericht 2025 für die Hauptstadt veröffentlicht.

Berlins zuständige Senatorin Cansel Kiziltepe erklärte in einer aktuellen Senatsmitteilung über den jüngsten Sozialbericht, dass wir einen klaren Überblick über die soziale Lage in Berlin gewinnen". Laut ersten Medienberichten hat in den Jahren 2015 bis zum Jahr 2023 die relative finanzielle Armut in der Hauptstadt massiv zugenommen. Damit gelten 19,7 Prozent der Menschen als akut armutsgefährdet; das ist etwa jeder fünfte Berliner.

Berlins Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe stellte den Hauptstadtjournalisten den 152 Seiten langen Sozialbericht 2025 vor. In ersten Auswertungen [heißt es](#) unter anderem bei der *Berliner Zeitung*, die Stadt präsentiere sich mit ihren Bürgern "zwischen Armut, Einsamkeit und Spitzenverdienern".

Rund 20 Prozent der Bewohner der Hauptstadt gelten als armutsgefährdet, während sich die Zahl der Spitzenverdiener "mit einem Jahreseinkommen von über einer Million Euro nahezu verdoppelt hat".

Der *Berliner Kurier* [kommentiert](#), dass die stetig steigenden Wohnkosten das Armutsrisiko nachweislich "verschärfen", wobei einen entscheidenden Faktor der angespannte Wohnungsmarkt darstelle. Dazu heißt es zusammenfassend:

"Rund 20 Prozent der Berliner Haushalte müssen mindestens 40 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufbringen. Steigende Wohnkosten treffen vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen und verschärfen die Armutsrisiken deutlich. Besonders betroffen sind Bezirke wie Neukölln, Mitte und Lichtenberg."

Die [Senatsmitteilung](#) bewertet die Ergebnisse des Berichts wie folgt:

"Für eine verantwortungsvolle und progressive Sozialpolitik braucht es verlässliche Daten. Nur wenn wir soziale Entwicklungen präzise erfassen, können wir konkrete und wirksame Maßnahmen ergreifen. Der Sozialbericht 2025 zeigt, wie vielfältig und dynamisch sich unserer Stadtgesellschaft entwickelt. Er liefert eine verlässliche Grundlage für politische Entscheidungen und gibt Anregungen für die politische Arbeit."

Eine Tatsache, die das Versagen der Senatspolitik belegt, ist dabei etwa jene, dass der Stadt auf dem Wohnungsmarkt aktuell bereits mehr als 150.000 bezahlbare Wohnungen fehlen ([RT DE berichtete](#)). Berlin liegt mit den jüngsten Armutsdaten "mittlerweile mehr als fünf Prozentpunkte über dem Bundesschnitt", so die *Berliner Morgenpost*. Als armutsgefährdet gilt eine Person, wenn ihr Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt.

In der Zusammenfassung zur Vermögensverteilung in Berlin lauten die nüchternen Fakten:

"Vermögen sind in Berlin ungleich verteilt: Die Hälfte der Berlinerinnen und Berliner verfügt nur über ein Vermögen von maximal 5.620 Euro. Gleichzeitig liegt das Durchschnittsvermögen bei 57.000 Euro. Im Gegensatz dazu gelten rund neun Prozent in Berlin als einkommensreich."

In der Hauptstadt gilt ein Einpersonenhaushalt laut Statistik "ab einem Nettoeinkommen von 4.134 Euro als einkommensreich, ein Paar ohne Kinder ab 6.202 Euro." Einen Tag nach der Senatsveröffentlichung [berichtet](#) der *rbb*:

"Immer mehr Senioren in Berlin arbeiten. Im vergangenen Jahr waren 71.000 Menschen über 65 Jahren in Berlin erwerbstätig, wie aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervorgeht"

Sieben Prozent der Berliner Bevölkerung im Rentenalter leben laut den Daten damit in Altersarmut. Das bedeutet laut den Angaben aus dem Haus der Sozialsenatorin "einen leicht gestiegenen Wert, der doppelt so hoch ist wie im Bundesvergleich".

Als Bezirk mit der größten Armutsgefahr weist der Sozialbericht mit einem Risiko von 26,3 Prozent Neukölln aus, knapp gefolgt von Lichtenberg mit 26,2 Prozent. Zu den anderen Bezirken lauten die statistischen Daten:

- Mitte – 23,7 Prozent
- Reinickendorf – 21,8 Prozent
- Tempelhof-Schöneberg – 21,4 Prozent
- Marzahn-Hellersdorf – 19,6 Prozent
- Spandau – 19,2 Prozent
- Friedrichshain-Kreuzberg – 19 Prozent

- Charlottenburg-Wilmersdorf – 17,7 Prozent
- Treptow-Köpenick – 16,6 Prozent
- Steglitz-Zehlendorf – 14,3
- Pankow – 12,6 Prozent

Jedes vierte Kind in Berlin unter 15 Jahren lebt dem Sozialbericht zufolge in einem Haushalt, der auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen ist. Diese Quote sei damit "leicht rückläufig", jedoch auch hier im Bundesvergleich "relativ hoch".